

IS, Gewalt und Armut

Dr. Matin Baraki ist Lehrbeauftragter an der Philipps-Universität Marburg.

Beobachtungen in Afghanistan im Frühjahr 2015

Die Innenministerkonferenz hat Anfang Dezember 2015 in Koblenz beschlossen, dass Flüchtlinge aus Afghanistan, die im Asylverfahren chancenlos geblieben sind, künftig regelmäßig zur Rückkehr überredet oder gezwungen werden sollen. Nach dem Bericht Matin Barakis erscheint das nicht zumutbar.

Afghanistan ist geprägt durch Krieg, öffentliche und häusliche Gewalt, besonders gegen Frauen, Entführungen, politische Stagnation, ökonomische Krisen, Arbeitslosigkeit, Resignation und Hoffnungslosigkeit. Die gesamte Administration auf allen Ebenen ist durch und durch korrupt und verlogen. Die Mehrheit der Bevölkerung sehnt sich nach Frieden, der weiter entfernt ist denn je zuvor. Es gibt auch keinerlei Anzeichen dafür, dass sich an dieser Situation mittelfristig etwas ändern könnte.

IS auch am Hindukusch

Die islamistische Organisation „Daesch“, wie die Afghanen sie nennen, Islamischer Staat (IS), die etwa Mitte Dezember 2014 zum ersten Mal in der afghanischen Nordprovinz Faryab aufgetaucht ist, hat sich inzwischen auch in den Provinzen Ghasni, Helmand, Farah, Qandahar und Parwan ausgebreitet. Seit dem 22. Februar 2015 ist der IS auch in der 60 km südlich von Kabul gelegenen Provinz Logar aktiv. ...

Inzwischen haben sich dem IS ca. 20.000 Menschen aus verschiedensten Ländern der Welt angeschlossen. Darunter 150 Kämpfer aus den USA und 3.400 aus arabischen Ländern. Diese Tatsache beunruhigt die Machthaber und ihre Verbündeten in Kabul. Am 12. März 2015 berichteten afghanische TV-Sender, dass eine Splittergruppe der Taliban sich dem IS angeschlossen und demonstrativ die schwarze Flagge des IS gehisst hätte. ... Inzwischen sind die Reiterkolonnen des IS in Afghanistan weiter auf dem Vormarsch. Der erste Vizepräsident Afghanistans, General Abdul Raschid Dostum, hat in Masare Scharif von ausgedehnten Aktivitäten des IS in den

nordafghanischen Provinzen gesprochen. Dies bedrohe die Sicherheit Afghanistans, betonte Dostum. Da die Nordprovinzen Afghanistans direkt an die mittelasiatischen Republiken grenzen, würden durch eine weitere Expansion des IS, auch die Sicherheitsinteressen von Russland tangiert.

Beobachter befürchten eine militärische Eskalation über die afghanische Grenze hinaus, deren Ende niemand absehen kann. Am 24. März berichteten die afghanischen Medien über die ersten Todesopfer durch IS-Einheiten. Sie hatten in der Nacht auf der Strecke Kabul-Qandahar mehrere LKWs überfallen, 12 Personen, meistens Fahrer, wurden erschossen und sieben weitere verletzt. Einen Tag später töteten erneut einige IS-Kämpfer im Distrikt Sayed Abad in der Provinz Wardag, ein Steinwurf entfernt von Kabul, dreizehn Menschen. ... Der IS ruft nach neuesten Meldungen im nordafghanischen Distrikt Sare-Pul die Bevölkerung offen zur Zusammenarbeit auf. ...

Im Schatten dieser Ereignisse wurde am 25. März 2015 dort, wo sich sowohl das Finanz-, Verteidigungs- und Justizministerium als auch der Palast des Präsidenten befinden, ein Selbstmordattentat mit sechs Todesopfern und 31 Verletzten verübt. Im Vergleich zu den IS-Aktivitäten wurde dies fast als Nebensache zur Kenntnis genommen. Am Hindukusch haben die Menschen sich nach 43 Jahren Krieg so an Selbstmordattentate gewöhnt wie an tägliche Verkehrsunfälle. ...

Die Frauen werden in der Familie, auf dem Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit Opfer von brutalen Männern.

Gruppenvergewaltigung findet Nachahmung

Von den Nachbarn lernen, heißt eben auch, vergewaltigen lernen. Seit einiger Zeit haben auch afghanische Männergruppen begonnen, Frauen und Mädchen zu vergewaltigen. Im November 2014 haben 18 Söldner des Ultraislamisten und Warlords Abdul Raab Rasul Sayyaf zwei Frauen und ein Mädchen in Anwesenheit ihrer Männer und anderer Angehöriger brutal vergewaltigt. Die Frauen wurden dann von ihren Verwandten ins Krankenhaus gebracht, wo ein junges Mädchen seinen schweren Verletzungen erlag. Die Familie war nach einer Hochzeitsfeier nach Paghman unterwegs, wo Sayyaf seine Hochburg hat. Unter den Vergewaltigern waren auch zwei Neffen Sayyafs, von denen angeblich jede Spur fehlt. Eher gehen Beobachter in Kabul davon aus, dass die Staatsorgane sich nicht trauen, Sayyafs Neffen zur Rechenschaft zu ziehen.

Zum internationalen Frauentag am 8. März 2015 wurde in den afghanischen Medien von 4.837 ernsthaften Gewalttaten gegen Frauen im Jahre 2014 berichtet. Die Frauen werden in der Familie, auf dem Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit Opfer von brutalen Männern. Am 19. März 2015 wurde in Kabul eine junge Frau, Farkhondah, auf offener Straße von einem Dutzend wild gewordener Männer mit Stöcken, Steinen und Fußtritten zu Tode geprügelt. Danach fuhr einer von ihnen mit einem Auto über ihre Leiche. Ein weiterer Mann hat sie dann mit Benzin übergossen und angezündet. Dabei war das Geschrei von Männern zu hören: „Es lebe der Islam und Gott ist groß“. Aber auch die Todesschreie von Farkhondah habe ich deutlich gehört.

Hetze und Lynchmord gegen Aktivistin

Farkhondah hatte die Medrese (theologische Oberschule) mit Abitur abgeschlossen, hatte Koran mit Übersetzung studiert und wollte an der theologischen Fakultät ihr Studium fortsetzen. Sie war eine aufgeklärte Theologin. Als sie den Frauen erklärte, dass Amulette nichts nutzen, und der Mullah der Moschee solle doch bitte mit diesem Betrug aufhören, rief der Geistliche als Rache in die Menge, dass Farkhondah angeblich den Koran verbrannt hätte. Die Sicherheitskräfte in Kabul gaben am 20. März den Medien zufolge an, dass am Tatort nur einige Papierfetzen, aber keine Koranreste gefunden worden waren. Dies bestätigte auch der Innenminister, General Noorul Haq Ulumi. [1] Am 21. März gaben mehrere Zuschauer an, dass die Polizei nur zugeschaut und die Täter nicht daran gehindert hätte, Farkhondah zu ermorden. Daraufhin sprach sich der Innenminister vor der Presse für die Bestrafung der Täter aus, aber zu seinen untätigen Polizisten, sagte er nichts. ...

Farkhondah wurde am 22. März ausschließlich von Frauen zu Grabe getragen. Das ist einmalig in der afghanischen Geschichte. Diese mutigen Frauen haben „Mohammad Ayaz Nyazi“, den männlichen Geistlichen von Wazir Akbarkhan, des Wohnortes Farkhondahs, nicht erlaubt, am ihrem Grab zu predigen. Sie haben ihn buchstäblich verjagt. Nyazi, Senator Zalmay Zabuli und Zimin Ghazal Hasanzadah, Staatssekretärin des Informationsministeriums hatten vor ihrer Ermordung, gegen Farkhondah heftig polemisiert. Damit hatten sie propagandistisch die Bedingungen für das Verbrechen begünstigt. Eine

Untersuchungskommission hat am 26. März die Unschuld Farkhondahs festgestellt.

Da die Anwendung von Gewalt zu einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen geworden ist, fühlen sich die Afghaninnen nirgends sicher. Die staatlichen Organe haben nur eine Zuschauerfunktion und verfolgen die Täter kaum oder gar nicht. Proteste der Frauenorganisationen werden mit Schmutzeln registriert.

Auch der deutsche Botschafter in Kabul, Markus Potzel, sah sich veranlasst, am 10. März 2015 auf einer Veranstaltung in Kabul auf die miserable Lage, er nannte sie diplomatisch verbrämt „schwache Rolle der afghanischen Frauen“ in der Gesellschaft, hinzuweisen.

Staatliche Verantwortungslosigkeit und Korruption

In der letzten Februarwoche 2015 gab es in der nördlich von Kabul gelegenen Provinz Pandjsher starke Schneestürme und Schneelawinen, dabei wurden bis zum 1. März zunächst 196 Tote und 100 Verletzte registriert. Wie viele Menschen unter den Schneemassen begraben wurden, weiß niemand. Komplette Dörfer waren weiter verschüttet, außerdem wurden am 1. März weitere Schneefälle vorausgesagt. Die Bewohner der Ortschaften riefen die Behörden zu Hilfe, um ihre verschütteten Angehörigen zu befreien bzw. die dort noch lebenden zu evakuieren. Passiert ist jedoch nichts. Die Menschen konnten sich nur gegenseitig helfen. Die Administration in Kabul hat eine dreitägige „Nationale Trauer“ verkündet und eine medienwirksame Trauershow organisiert. Der Chefdirektor Abdullah hat auf einer Pressekonferenz von Hilfslieferungen, auch aus den Nachbarländern gesprochen. Wo die Hilfsgüter landen werden, weiß nur der liebe Gott. ...

Patriarchale Willkür und Familiengewalt

Nach dem Schneefall hatten Kabul und Umgebung täglich nur noch zwei Stunden Strom, weil die Hauptleitungen beschädigt wurden. Farsanah wohnt mit ihren drei Kindern ca. 15 km entfernt vom Zentrum der afghanischen Hauptstadt. Da sie ihr

Zimmer mit Strom heizt, mussten sie und ihre Kinder nun frieren. ... Ihr Mann Sabih ist ihr weggelaufen und hat sich noch eine weitere Frau „Basminah“ genommen. Er kümmert sich weder um Farsanah, noch um ihre gemeinsamen drei Kinder, die in der Schule sehr schlecht sind. Sabih's Zweitehe ist auch nicht vom Glück gesegnet. Er prügelt Basminah öfters, sogar in Anwesenheit der Kinder, weil sie ihm widerspricht. Sabih kommt abends fast immer zu spät nach Hause. Wenn die Frau sich darüber beschwert bzw. nach dem Grund fragt, wird sie belogen, beschimpft oder geprügelt. Bei nächster Gelegenheit verschwindet die junge Frau mit ihren drei Kindern und versteckt sich bei ihrer Mutter in der Stadt Kabul. Da sie ohne Erlaubnis des Mannes das Haus verlässt, wird sie dann gründlich von ihrem Mann und dem Schwiegervater verprügelt. „Der Platz der Frau ist entweder das

Haus ihres Mannes oder ihr Grab“, lautet ein afghanisches Sprichwort. ...

Aufständische bekämpfen ohne Sold-Kasse?

Ahad ist Oberst der afghanischen Armee und an einer sensiblen Stelle am Flughafen Kabul eingesetzt. Sein monatlicher Sold beträgt 23.000 Afghani, das sind umgerechnet 400 US \$. Da am Hindukusch die Gehälter afghanisches, jedoch die Preise auf dem Basar amerikanischen Niveau haben, reicht das Gehalt von Ahad nicht für den täglichen Lebensunterhalt seiner siebenköpfigen Familie. Außerdem hat er seit drei Monaten überhaupt keinen Sold mehr bekommen. Er musste deshalb Schulden machen, um seine Familie über Wasser zu halten. ...

Die Motivation der Staatsangestellten, vor allem der Sicherheitskräfte [nimmt] rapide ab und die Korruption nimmt rasant zu. Der afghanische Staat ist ohne zuverlässige Sicherheitsorgane überhaupt nicht lebensfähig. Am 4. März 2015 meldeten, gestützt auf US-Quellen, afghanische Medien übereinstimmend, dass im Jahre 2014 insgesamt 15.000 Soldaten bei der Afghanischen National Armee entweder ihren Dienst quittiert oder sich einfach vom Dienst entfernt hätten. Niemand am Hindukusch wundert sich darüber. Im Gegenteil. Die Menschen haben Verständnis dafür, da die Soldaten monatelang keinen Sold bekommen und nicht wissen, womit sie ihre Familien versorgen sollen.

Im Februar 2015 haben die kriegerischen Auseinandersetzungen im Vergleich zum Januar um 22 % zugenommen. Es ist in Afghanistan noch Winter. Wie wird es erst dann aussehen, wenn der Widerstand mit seiner Frühjahroffensive beginnt? Da die NATO seit Ende 2014 den Krieg afghanisiert hat, sind auch die Opfer auf beiden Seiten, ob von der Regierung oder vom Widerstand nur noch Afghanen! ...

Korruption und wirtschaftliche Miesere

Der Kampf um die Postenverteilung innerhalb der „Regierung der nationalen Einheit“, wie die Koalition von Ashraf Ghani und Abdullah genannt wird, ist immer noch nicht zu Ende. Die Administration ist faktisch arbeitsunfähig. Auf der Plenarsitzung des Parlaments in Kabul stellte ein Abgeordneter am 16. März 2015 sogar fest, dass Afghanistan überhaupt keine Regierung hätte. Ein anderer, sehr aufgeregter Parlamentarier, forderte seine Kollegen dazu auf, keine Bestechungsgelder von den angehenden Ministern anzunehmen, die im Abgeordnetenhaus um Vertrauen bitten. Ansonsten würde er deren Namen öffentlich bekanntgeben. Die Unfähigkeit der Kabuler Administration kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass komplette Distriktverwaltungen, fast vor den Toren Kabuls wie z. B. „Maidan-Wardag“ und „Tschake-Wardag“ geschlossen sind.

Die Wirtschaft leidet unter diesem politischen Vakuum. Die Investoren beschwerten sich, von den Banken keine Kredite zu bekommen. Die Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu. Wer kann, verlässt



Afghanistan 2015 (Foto: Matin Baraki)

Nach Angaben von HRW haben diese engsten Verbündeten der NATO-Truppen am Hindukusch schwere Menschenrechtsverletzungen begangen.

das Land, vor allem junge Menschen. Sie sehen für sich am Hindukusch keine Perspektive, obwohl sie zum größten Teil Hochschulabschluss haben. Auf meine Frage, ob sie sich vorstellen können, was sie im Ausland als Flüchtlinge erwartet, antworteten meine Gesprächspartner energisch: „schlechter als hier würde es uns nicht gehen“.

Kriegsgewinnler gegen den Frieden

Die neue Regierung unter Ashraf Ghani beabsichtigt, die „Friedensverhandlungen“ mit den Taliban unter Berücksichtigung der strategischen Interessen Pakistans voranzutreiben. Die Warlords und andere Kriegsgewinnler meldeten sich sofort zu Wort und polemisierten gegen Pakistan und die Regierung in Kabul. Am 10. März 2015 erhoben Fazel Hadi Muslimyar, Präsident des Senats, der Warlord und amtierende Gouverneur, genannt „König von Balkh“, und selbsternannte General Atta Mohammad Noor sowie der ehemalige Kabuler Präsident Hamid Karzai und einige Parlamentarier den Anspruch, über die Verhandlungen vollständig informiert und sogar daran beteiligt zu werden. Schon am 8. März 2015 warnte der Warlord und Kriegsverbrecher mit guten Verbindungen zum internationalen Terrorismus, Abdul Raab Rasul Sayyaf, die Regierung vor Zugeständnissen an Pakistan. Ashraf Ghani betet das inzwischen nach. Eine eigene Konzeption hat er nicht. ...

Unsere Freunde, die Verbrecher

Die Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ (HRW) wirft Nato-Verbündeten am Hindukusch,

darunter auch Politikern und Amtsträgern Verbrechen vor. Sie werden beschuldigt, Folter, Verstümmelungen und Morde begangen zu haben. Die Beschuldigten sind wichtige Nato-Verbündete, stellte HRW fest. Namen von acht hochrangigen Politikern und Amtsträgern werden in dem zwölfseitigen Bericht „Heute sollen wir alle sterben“ der Menschenrechtsorganisation dokumentiert. Nach Angaben von HRW haben diese engsten Verbündeten der Nato-Truppen am Hindukusch schwere Menschenrechtsverletzungen begangen. Folgende Beispiele werden aufgeführt:

- In der nordafghanischen Provinz Kunduz sollen die Milizen Zivilisten ermordet und illegal Steuern eingetrieben haben. Mir Alam, ein ehemaliger Extremisten-Anführer, soll dafür verantwortlich sein.
- Der ehemalige Geheimdienstchef Asadullah Chalid, ein Parteifreund von Abdullah Abdullah und des Gouverneurs der Provinz Balkh, General Atta Mohammed Noor, wird beschuldigt, bei einer Reihe von Verbrechen wie Folter, Mord und Vergewaltigung von Frauen und Mädchen Beihilfe geleistet zu haben.
- Der Gouverneur Atta Mohammed Noor soll ein Netzwerk von Milizen unterhalten haben, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. HRW bezieht sich auf einen vertraulichen Nato-Bericht aus dem Jahr 2011. Wegen der Veröffentlichung des Berichtes von HRW attackierte dieser in seiner Rede zum afghanischen Neujahr am 21. März 2015, das Nachrichten Magazin „Spiegel“ sehr scharf.
- Im Hauptgefängnis in der US-Besatzungszone Qandahar soll der

Polizeichef Abdul Rasik, ein wichtiger Verbündeter der USA, Gefangene gefoltert haben. Dem Polizeichef wirft HRW außer Folter auch Verstümmelung und Tötungsdelikte vor.

Der Bericht basiert auf 125 Interviews, die die HRW-Mitarbeiter überwiegend in Afghanistan unter anderem mit Opfern, deren Familien, Zeugen, Regierungsvertretern, Journalisten, Menschenrechtlern, UNO-Mitarbeitern und afghanischen und internationalen Sicherheitskräften geführt hatten.

Für ihre Vergehen würden die Beschuldigten nicht bestraft, es gebe keine Ermittlungen, die Opfer würden keine Gerechtigkeit erfahren, kritisieren die HRW-Menschenrechtler. ...

Aus: inamo Nr. 78, Sommer 2015, Jahrg. 20, S. 5-9

I Ulumi war bis 1992 General der prosowjetischen Regierung und gehörte der sog. Partscham-Fraktion der Demokratischen Volkspartei Afghanistan (DVPA) unter der Führung von Babrak Karmal, später von Najubullah an.

inamo⁸³
Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten | Jahrgang 21

KRIEG IM JEMEN

Fronten, Akteure <> Der Südwestwiderstand auf dem Weg in die Unabhängigkeit? <> Das Eingreifen der USA <> Saudi-Arabiens Jemen Strategie <> Die Politisierung des jemenitischen Salafismus <> ...

PEGIDA in der Orientalismus-Kritik

ÄGYPTEN Die neo-liberale Wirtschaftspolitik unter Abdel Fattah el-Sisi

Iran Atomabkommen

5.50

inamo e.V. Postfach 310727 10637 Berlin
0049 30 86421845
redaktion@inamo.de